

**Geschäftsführer Sebastian Chwala**

Bahnhofstr. 6  
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 3. Juni 2020

## **Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 29. Mai 2020**

### **Sitzung mit Corona-Beschränkungen – Kritik an demokratischen Defiziten – Corona-Hilfspaket im Eilverfahren – Protest gegen UKGM-Verkauf – Klima- und Verkehrsanträgen zugestimmt**

Seit Mitte März findet die parlamentarische Tätigkeit in Marburg nur auf Sparflamme statt. Bedingt durch die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Maßnahmen des Gesundheitsschutzes fiel die letzte regulär vorgesehene Stadtverordnetenversammlung (StVV) im März aus. Erst am Freitag, den 29. Mai, trat das Stadtparlament wieder zusammen, allerdings unter eingeschränkten Bedingungen: Die Zahl der Stadtverordneten wurde – unter Wahrung der Mehrheitsverhältnisse – auf die Hälfte reduziert. Jede Fraktion konnte nur einen Antrag zur Aussprache anmelden, die üblichen Beratungen in den Fachausschüssen fanden nicht statt. Die Redezeit wurde auf drei Minuten beschränkt und die Gesamtdauer der Sitzung, die im Erwin-Piscator-Haus stattfand, auf zwei Stunden begrenzt. Dies hatte der Ältestenrat festgelegt, der nach dem Konsensprinzip arbeitet. Die Verabredung, dass die Hälfte der zur Debatte stehenden Anträge im Haupt- und Finanzausschuss (HFA) abgehandelt werden, wurde nicht realisiert, weil weder die Mehrheit der Fraktionen noch der Magistrat bereit waren, ihre wichtigen Anliegen aus der StVV auszulagern. Bei Übereinstimmung in der Notwendigkeit eines umfassenden und wirksamen Gesundheitsschutzes, wogen besonders die Fraktionen Marburger Linke und die Grünen kritisch ab, wie weit die parlamentarische Arbeit eingeschränkt werden dürfe. Sie setzten sich vehement dafür ein, dass im Laufe des Juni die Fachausschüsse – wenn auch reduziert – wieder tagen und auch die letzte StVV vor der Sommerpause Ende Juni zusammentritt. Zu stark waren in den vergangenen Wochen die parlamentarischen Initiativen und die Kontrollmöglichkeiten eingeschränkt.

### **Notfallprogramm gegen die Schäden der Corona-Pandemie von OB Spies im Eilverfahren vorgelegt – Oppositionsfraktionen kritisieren mangelnde Information und Diskussion**

Bereits im Vorfeld der Stadtparlamentssitzung am 29. Mai hatte es heftige Kontroversen über den Umgang mit dem kurzfristig vorgelegten Corona-Hilfsprogramm gegeben. Zu würdigen ist grundsätzlich, dass Verwaltung und Magistrat nach der krankheitsbedingten Pause des Oberbürgermeisters so schnell ein umfassendes Hilfsprogramm konzipierten. Gar nicht hinnehmen kann man nach Auffassung der Fraktionen der Grünen, der FDP und der Marburger Linken, dass dieses Programm keinem Gremium zur Beratung vorlag, obwohl es schon Tage vor der StVV der Presse bekannt war und lediglich in drei Minuten von jeder Fraktion im Parlament kommentiert werden konnte. Ein solches Verfahren verletzt parlamentarische Rechte und weist den Stadtverordneten eine Statistenrolle gegenüber dem Magistrat zu – so die Fraktionsvorsitzende Renate Bastian für die Marburger Linke. Eine gründliche Beratung und eine Verschiebung auf den Juni hätte der Qualität des Hilfsprogramms gut getan.

Hauptkritik der Marburger Linken: Über die Hälfte der veranschlagten 3,7 Millionen fließen in Gutscheine für den Marburger Einzelhandel. Ungeachtet des Bedarfs, sollen sie an alle Marbur-

ger\*innen verteilt werden, an Erwachsene mit einem Wert von 20 Euro und an Kinder und Jugendliche mit 50 Euro. Letzteres soll die Familienkomponente sein. Diesen wirtschafts- und sozialpolitischen Unsinn hätte man dem Magistrat durch eine echte parlamentarische Bearbeitung ausreden müssen: Eine Alleinerziehende erhält womöglich 70 Euro, eine Professorenfamilie das Doppelte. Das ist alles andere als sozial.

Nichtsdestotrotz: Das Programm enthält sinnvolle Ansätze beim Mieterschutz (hier war wohl das „Bündnis gegen Mietenwahnsinn“ Stichwortgeber) oder bei der kulturellen Förderung und der Unterstützung von Soloselbständigen.

Ansonsten wird das Nothilfeprogramm vor allem für Stadtmarketing missbraucht.

Die Marburger Linke enthielt sich ebenso wie Grüne und FDP. Jeweils eine Nein-Stimme gab es aus allen Oppositionsfraktionen, um die Kritik am Verfahren zu verdeutlichen.

### **Gemeinsam für das UKGM**

Eine weitere Aussprache fand auf Antrag der Marburger Linken unter dem programmatischen Titel statt: „Privatisierung unseres Universitätsklinikums war, ist und bleibt ein Fehler – Geplanter Verkauf des UKGM an Asklepios-Konzern ist Gefahr für Beschäftigte und Patientenversorgung – Rückführung in öffentliches Eigentum bleibt aktuell“. Der Stadtverordnete und Landtagsabgeordnete der LINKEN Jan Schalauske zeigte aus der Erfahrung der Corona-Krise auf, welchen Stellenwert ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen in öffentlicher Hand für die Daseinsvorsorge hat. Er würdigte Bettina Böttcher, SPD-Stadtverordnete und ehemalige UKGM-Betriebsratsvorsitzende, für ihren langjährigen Einsatz. Keine Fraktion bestritt die im Antrag geschilderten Sachverhalte. CDU, FDP und BfM, die sich erst noch gegen den Antrag gestellt hatten, enthielten sich nun, so dass er als einstimmig angenommen gilt.

### **Marburger Linke stimmt für „Klimaschutzfonds. Marburg 2030“ (Grüne), „Mobilitätshubs“ (SPD) aber gegen stärkere Nutzung öffentlichen Raums durch Gastronomie (FDP)**

Mehr Raum für Diskussion hätte auch der Antrag der Grünen erfordert, konkrete und abrechenbare Schritte für mehr Klimaschutz und klarere Richtlinien für die Klimapolitik der Stadt festzulegen. Die Marburger Linke stimmte dem Antrag zu. Stefanie Wittich wies aber darauf hin, dass sie der Förderung von Elektroautos keinen hohen Stellenwert einräumen möchte und setzte lieber auf eine konsequente Förderung des Radverkehrs.

Wittich setzte sich auch kritisch mit der Planung dezentraler „Verkehrshubs“ auseinander, weil eine wirkliche Verkehrswende aus dem von SPD/CDU/BfM-Antrag nicht abzulesen sei. Dennoch will sich die Fraktion Überlegungen in diese Richtung nicht grundsätzlich in den Weg stellen und stimmte zu.

Gegen den letzten Antrag mit Aussprache argumentierte für die Marburger Linke Roland Böhm. Zur Unterstützung der krisengeschädigten Gastronomie hatte die FDP vorgeschlagen, die Bestuhlung im öffentlichen Bereich (z.B. auf Bürgersteige) auszudehnen und die Sperrstunde um eine Stunde zu verlängern. Das wollte niemand sonst in der Versammlung.

Selbst diese stark verkürzte StVV-Tagesordnung war in den vorgesehenen zwei Stunden nicht abzuarbeiten. Mit einer Lüftungspause verabschiedeten die Stadtverordneten ohne Aussprache weitere Anträge etwa zur Aufnahme von Marburger Busfahrplänen in Google-Maps.

Freundliche Grüße von der **Fraktion der Marburger Linken**

Renate Bastian

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster, Miguel Sanchez, Jan Schalauske, Inge Sturm und Stefanie Wittich